

## Protokoll

### Stadtrat von Thun

Sitzung 11 vom 14. Dezember 2018, 16:45 Uhr, Rathaus Thun

---

#### Anwesend

|              |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |
|--------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Stadtrat     | Vorsitz: Stadtratspräsident Andreas Kübli<br>Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Katharina Ali-Oesch, Martin Allemann, Jonas Baumann-Fuchs, Valentin Borter, Samuel Bühlmann, Adrian Christen, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Roman Gugger, Susanne Gygax (ab Traktandum 2), Thomas Hiltbold, Daniela Huber Notter, Reto Kestenholz, Alain Kleiner, Barbara Klossner-Beer, Darshikka Krishnanantham, Alice Kropf, Serge Lanz, Manfred Locher, Eveline Salzmann, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Alois Studerus, Markus van Wijk, Daniela Weber, Till Weber, Simon Werren, Andreas Zwahlen |
| Gemeinderat  | Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Marianne Dumermuth, Gemeinderäte Roman Gimmel, Konrad Hädener und Peter Siegenthaler (ab Traktandum 3)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     |
| Ferner       | Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   |
| Sekretariat  | Stadtratssekretär Christoph Stalder<br>Protokollantin Laura Erni                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |
| Entschuldigt | Stadträtinnen Andrea de Meuron, Nicole Krenger und Sabine Kaufmann und Stadträte Martin von Allmen und Patrick Graber                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 |

**Schluss der Sitzung** 20:30 Uhr

---

**Der Stadtratspräsident** eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden. Er gratuliert allen wiedergewählten Stadratsmitgliedern zu ihrer Wahl.

**Der Stadtratspräsident** beantragt in Absprache mit den Fraktionen die Verschiebung der Traktanden 5, 9 und 10 auf die nächste Sitzung.

**Der Rat** stimmt dem Antrag stillschweigend zu.

## 116. Protokoll

### Genehmigung des Protokolls vom 15. November 2018

Das Protokoll wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

## 117. Reglement über die Spezialfinanzierung Investition (SSG 62.3); Totalrevision

### Genehmigung

#### Bericht des Gemeinderates Nr. 25/2018

**Stadtpräsident Raphael Lanz** erläutert das Geschäft. In vorangehenden Diskussionen konnten Meinungsverschiedenheiten beseitigt werden. Sowohl die Mitglieder der Spezialkommission als auch der Gemeinderat sind von der resultierenden Lösung überzeugt. Herr Lanz dankt den Mitgliedern der BRK für die konstruktive Zusammenarbeit und bittet den Rat, der Totalrevision zuzustimmen.

Serge Lanz, **Spezialkommission**, erläutert die Hintergründe des Geschäfts. In der Spezialkommission wurde über das allgemeine Thema sowie über die Spezialfinanzierung Investitionen diskutiert. Unterstützt wurde die Spezialkommission von der Finanzverwaltung, dem Rechtsamt sowie dem externen Berater Ueli Seewer. Die Spezialkommission hat sich nach reichlichen Überlegungen dazu entschieden, an der Spezialfinanzierung Investitionen festzuhalten. Grund dafür waren Fragen zur Dotierung in unterschiedlichen Spezialfinanzierungen. Das Reglement über die Spezialfinanzierung Investitionen soll revidiert werden, wobei der Zweck- und Geltungsbereich überarbeitet werden. Problematisch ist der Entnahme-Tatbestand, der diverse Ausnahmefälle vorsieht, um zusätzliche Ausgaben bereitzustellen. Ein Ausgleich von ausserordentlichen Belastungen ist einerseits durch den Finanz- und Lastenausgleich und andererseits durch die Pensionskasse möglich. Zu Diskussionen hat jeweils der Ausgleich von Rechnungsdefiziten geführt. Der Gemeinderat und die Spezialkommission sind sich darüber einig, dass eine reine Infrastrukturfinanzierung ohne Ausnahmefälle ermöglicht werden soll. Das revidierte Reglement sieht nur noch einen Ausnahmefall für die Dotierung der Spezialfinanzierung baulicher Unterhalt vor. Herr Lanz informiert über die Übergangsbestimmung, die in Artikel 4 geregelt wird. Er dankt für die konstruktive Zusammenarbeit. Die Spezialkommission empfiehlt einstimmig die Annahme des Geschäfts. Herr Lanz macht darauf aufmerksam, dass im Beschluss in Zusammenhang mit dem Vorstoss fälschlicherweise von einem Postulat anstelle einer Motion gesprochen wird.

Serge Lanz, **SVP-Fraktion**, steht einstimmig hinter der Totalrevision.

Verena Schneiter, **Fraktion der Mitte**, informiert darüber, dass zwei Fraktionsmitglieder die Totalrevision in der Kommission begleitet haben. Die Revision ist klar, nachvollziehbar und entschlackt das Reglement. Die Fraktion stimmt dem Geschäft in allen Punkten zu.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, unterstützt einstimmig die Revision des Reglements. Herr Hiltbold persönlich begrüsst die Änderung mit grosser Überzeugung. Die Spezialfinanzierung wurde ihrem Namen durch all die Ausnahmetatbestände nicht gerecht und hat ihren Hauptzweck nicht erfüllt. Mit der Regle-

mentsänderung ist die Voraussetzung für einen Ausnahmefall durch überdurchschnittliche Unterhaltsausgaben klar geregelt. Die Fraktion ist mit dieser transparenten Lösung zufrieden und stimmt dem Geschäft zu.

**Daniela Huber Notter (BDP)** dankt dem Gemeinderat und der Finanzverwaltung für die Möglichkeit, das Reglement zu überarbeiten und mitzugestalten. Die Mitglieder der Spezialkommission wurden in die Totalrevision mit einbezogen. Das Resultat lässt sich sehen. Die BDP folgt einstimmig dem Antrag des Gemeinderates.

Samuel Bühlmann, **SP-Fraktion**, zählt einige Investitionen im Aufgaben- und Finanzplan wie beispielsweise die Renovierung des Eisstadions Grabengut und der Primarschule Seefeld sowie weitere zurückgestellte Investitionen im Strassenbau wie Bike&Ride, Strassenraumgestaltung in der Innenstadt und behindertengerechte Bushaltestellen auf. Die Fraktion unterstützt, dass die Investitionen zugunsten einer attraktiven Stadt gemacht werden und stimmt einstimmig für die Revision der Spezialfinanzierung Investitionen.

Claude Schlapbach, **FDP-Fraktion**, dankt der Spezialkommission für ihre Arbeit. Positiv hervorgehoben wird, dass in Zukunft Rechnungsabschlüsse nicht mehr beschönigt werden können und es sich um eine reine Infrastrukturfinanzierung handelt. Die Fraktion stimmt dem Antrag einstimmig zu.

**Der Rat** genehmigt einstimmig den folgenden

#### **Stadtratsbeschluss**

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 38 Buchstabe a Stadtverfassung sowie Artikel 51 Absatz 4 Geschäftsreglement des Stadtrates von Thun und nach Kenntnisnahme des gemeinsamen Berichts von Gemeinderat und Spezialkommission vom 23. bzw. 12. November 2018 beschliesst:

1. Die Totalrevision des Reglements über die Spezialfinanzierung Investitionen wird genehmigt.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Die Motion M 3/2017 vom 29. Juni 2017 betreffend Revision des Reglements über die Spezialfinanzierung Investitionen wird als erledigt abgeschrieben.
4. Die Spezialkommission wird aufgelöst.
5. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

### **118. Sanierung Allmendstrasse, Abschnitt Waldeck - Kreisel KVA mit Neubau Kreisel Waldeck**

#### **Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 885'000 Franken**

#### **Bericht des Gemeinderates Nr. 26/2018**

Jonas Baumann-Fuchs, **SAKO B+L**, hat das Geschäft geprüft. Das Anhalten von Bussen auf der Strasse hat in der SAKO für Diskussionen gesorgt, da ein Rückstau befürchtet wird. Da die Haltezeit des Busses kurz ist, der Verkehrsfluss durch den Kreisel verbessert wird und hinter dem Bus Platz für fünf bis sechs Fahrzeuge ist, rechnet die Verwaltung mit keinen grossen Problemen. Die SAKO stimmt dem Kredit einstimmig bei 2 Abwesenheiten zu.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, dankt für den vorliegenden Bericht. Die gesicherte Finanzierung, die verbesserte Sicherheit und die rasche Umsetzung durch einen Schichtbetrieb werden begrüsst. Die Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates. Es wird darauf hingewiesen, dass es sich bei der Bushaltestelle Waldegg nicht um eine hindernisfreie Haltestelle handelt. Es stellt sich die Frage, warum die vorhandenen Ausbuchtungen nicht weiterhin genutzt werden können. Stadteinwärts ist eine Dosierung des Verkehrs durch Busse nachvollziehbar. Stadtauswärts hingegen muss der Verkehrsfluss garantiert sein, wie das Beispiel Neufeld zeigt. Eine Dosierung ist nicht zu jedem Zeitpunkt notwendig und zielführend. Herr Deriaz schliesst sich Stadtrat Baumann-Fuchs an. Die Fraktion hat Bedenken, dass es durch die Bushaltestellen

auf der Strasse zu Rückstau kommen kann und bittet den Gemeinderat, die Situation nochmals zu überdenken. Zudem wird darauf hingewiesen, dass beim Kreisel an der Allmendstrasse durch die Bushaltestellen ein Zapfen entsteht. Auch hier wird in Frage gestellt, ob eine ständige Dosierung sinnvoll ist, zumal zwei von drei Richtungen im Kreisel zeitweise durch Busse blockiert werden. Herr Deriaz schlägt vor, die Bushaltestelle auf die südliche Seite zu versetzen, an der zurzeit das Trottoir vorgesehen ist. Es stellt sich die Frage, ob in Zukunft stadtauswärts die gleiche Philosophie wie stadteinwärts angewendet wird. Die Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, findet die grundsätzliche Strassenaufteilung mit separatem Trottoir und einem breiten Velostreifen gut. Nicht unterstützt werden die beiden Kreisel ESP West und KVA. Es handelt sich um eine Velohauptroute mit vielen Schulkindern und einem hohen Verkehrsaufkommen. Fahrradfahrende sollen deshalb separat neben dem Kreisel durchgeführt werden, zumal Kreisel die grösste Gefahren- und Unfallsquelle darstellen. Mit dieser Lösung liesse sich auch der Verkehr entflechten. Das System hat sich beim Kreisel an der General-Wille-Strasse/Mittlere Strasse bewährt. Betreffend Förderung des Veloverkehrs könnte ein Vergleich mit anderen Städten wie Bern helfen. Innerhalb von wenigen Jahren hat der Veloverkehr dort um 30% zugenommen. Die Fraktion ist erstaunt darüber, dass das Detailprojekt nicht vorgängig der Spezialkommission Verkehr vorgestellt wurde. Die Fraktion stellt einen Antrag auf Rückweisung, da das Projekt Verbesserungspotential hat.

**Simon Werren** (BDP) dankt dem Gemeinderat für die guten und umfangreichen Unterlagen. Da sich die Situation mit dem Ausbau des ersten Teils der Allmendstrasse für alle Verkehrsteilnehmenden verbessert hat, spricht nichts dagegen, das Konzept fortzuführen. Der Abschnitt Zollhaus hätte ebenfalls ins Projekt integriert werden können, da das Aufgleisen von Baustellen in dieser Grössenordnung viel Vorarbeit erfordert. Die Fraktion ist froh um eine Sanierung und stimmt dem Verpflichtungskredit zu.

Till Weber, **Fraktion Grüne**, schliesst sich Stadtrat Christen in allen Punkten an. Zudem stehen in Thun seit Langem etliche wichtige Projekte an, speziell auch für den Langsamverkehr. Herr Weber weist darauf hin, dass der Anteil des Autoverkehrs gemäss Mikrozensus Verkehr zwischen 2015 und 2017 von 35% auf 47% gestiegen ist, während der Fussverkehr um 10% und der Veloverkehr von 20% auf 14% gesunken sind. In Anbetracht dieser Zahlen und im Hinblick auf die von der Stadt gesetzten Ziele stimmt die Fraktion dem Rückweisungsantrag der SP-Fraktion zu.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, hat den Bericht positiv aufgenommen und ist froh, dass die Strecke zum Abschluss kommt. Die Verflechtung von verschiedenen Verkehrsteilnehmenden ist gelungen. Der Gemeinderat wird gebeten, die Situation mit den Bushaltestellen nochmals zu überprüfen, wobei der behindertengerechte Bau nicht in Frage gestellt wird. Die Haltestellen auf der Strasse führen nicht nur zu einer Dosierung sondern auch zu einem Stau, wie ein Vergleich mit Bern zeigt. Die Fraktion stimmt dem Geschäft einstimmig zu.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion der Mitte**, stimmt dem Verpflichtungskredit zu. Der heutige Zustand ist insbesondere für Fahrradfahrende nicht befriedigend. Die Sanierung ist dringend nötig, da es sich um eine wichtige Achse handelt. Die Fraktion ist froh, dass das Geschäft von der bürgerlichen Seite nicht zurückgewiesen wird.

**Till Weber** (Grüne) korrigiert seine Aussage. Es handelt bei den präsentierten Zahlen um den Zeitraum 2005 bis 2015.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne**, weist darauf hin, dass auch von Seiten der SVP- und FDP-Fraktion viele Überprüfungsanliegen vorliegen. Eine Rückweisung sollte deshalb in Betracht gezogen werden.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, ist erstaunt darüber, dass die befürwortenden Fraktionen mit keinem Wort auf den Rückweisungsantrag eingegangen sind. Herr Hiltbold weist darauf hin, dass für die Zukunft gebaut wird. Es ist mit einem grösseren Verkehrsaufkommen, hohen Geschwindigkeiten und somit einem erhöhten Risiko zu rechnen. Eine vertiefte Prüfung der eingebrachten Argumente kann langfristig für eine bessere Sicherheit sorgen.

**Daniela Huber Notter** (BDP) beantragt einen kurzen Sitzungsunterbruch.

**Der Rat** lehnt einen Sitzungsunterbruch ab.

**Gemeinderat Konrad Hädener** weist zum Votum von Stadtrat Weber darauf hin, dass die angestrebte Sanierung nicht nur dem motorisierten Verkehr sondern auch dem Langsamverkehr dient. Das Projekt soll jetzt in Angriff genommen und nicht weiter hinausgezögert werden. Ein 2 Meter breiter Velostreifen soll für eine höhere Sicherheit für unterschiedlich schnelle Velos sorgen. Da die Strasse dem Kanton übergeben wird, müssen gewisse Standards und Anforderungen eingehalten werden. Zum Votum von Stadtrat Christen betreffend Einbezug der Spezialkommission Verkehr macht Herr Hädener auf das Betriebs- und Gestaltungskonzept aus dem Jahr 2010 aufmerksam, welches breit abgestützt ist. Betreffend Bushaltestellen auf der Fahrbahn wird hervorgehoben, dass die Behindertengerechtigkeit im Zentrum steht. Es geht dabei nicht um eine Bevorzugung von Bussen oder deren dosierender Funktion. Das Behindertengleichstellungsgesetz fordert eine erhöhte Haltekante von neu 22cm anstelle von 16cm, damit die Haltekante auf gleicher Höhe wie der Buseinstieg ist. Bei Haltestellen in Buchten müssen die Busse die Haltekanten beim Ein- und Ausfahren überschwenken. Da ein Überschwenken mit den neuen Haltekanten nicht mehr möglich ist, müsste die Haltelänge der Buchten für die STI-Busse 90 Meter betragen. Diese Lösung ist für das vorliegende Projekt nicht umsetzbar. In der Planung wurden Behindertenorganisationen wie Procap mit einbezogen. Grund für die Blockade beim ESP-West Kreisel, so Herr Hädener, ist der Fussgängerstreifen direkt vor der Bushaltestelle und die damit verbundenen Sicherheitsüberlegungen. Die angesprochenen Auswirkungen auf den gut funktionierenden Waldeck-Kreisel wurden in der SAKO diskutiert und als gering eingestuft. Das Tiefbauamt hat in der Zwischenzeit Erhebungen während den Stosszeiten am Mittag und Abend durchgeführt. Durchschnittlich halten die Busse während aufgerundet 30 Sekunden. In diesem Zeitintervall haben sich maximal 6 Autos hinter dem Bus angesammelt. Es ist davon auszugehen, dass es nur selten zu Rückstaus kommen wird. Herr Hädener weist darauf hin, dass die Wartezeiten mit der Lichtsignalampel deutlich höher waren. Es handelt sich in jedem Fall um eine Verbesserung. Es wird darauf hingewiesen, dass Bypässe wenn immer möglich gemacht werden. In diesem Fall ist ein Bypass wegen den räumlichen Gegebenheiten nicht realisierbar.

**Der Rat** lehnt den Rückweisungsantrag mit 24 : 11 Stimmen ab.

**Der Rat** genehmigt mit 24 : 4 Stimmen bei 7 Enthaltungen folgenden

#### **Stadtratsbeschluss**

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 14. November 2018, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 885'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 2512.5010.057. (Bilanzkonto Nr. 14010.01.01) für den Investitionsanteil der Sanierung Allmendstrasse im Abschnitt Waldeck bis Kreisel KVA.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

### **119. Kultur- und Kongresszentrum Thun (KKThun). Betrieb ab 2020**

**Bewilligung eines Verpflichtungskredites für eine jährlich wiederkehrende Ausgabe von 340'000 Franken (inkl. MWST) für die Jahre 2020 bis 2027**

#### **Bericht des Gemeinderates Nr. 27/2018**

**Gemeinderat Roman Gimmel** weist darauf hin, dass es immer wieder zu ähnlichen Diskussionen rund um den Verpflichtungskredit und die Leitung des KKThuns kommen wird, sofern sich das Binnenmarktgesetz und die Finanzkompetenzen nicht verändern. Eine Analyse der gesammelten Erfahrungen mit früheren und dem laufenden Vertrag hat zu einem umfassenden Regelwerk geführt. Herr Gimmel weist auf den finanziellen Systemwechsel und die finanzielle Besserstellung der Stadt Thun hin. Der Gemeinderat ist überzeugt von der Lösung mit der SV AG.

Reto Kestenholz, **SAKO BiSK**, hat das Geschäft ausführlich diskutiert. Herr Kestenholz erläutert das Geschäft. Die Einsparungen für die Stadt Thun sind schwer nachvollziehbar. Die SAKO hat sich davon überzeugen lassen, dass Kulturschaffende und Schulen in Thun weiterhin mit einer unveränderten Unterstützung rechnen und die Räumlichkeiten weiterhin nutzen können. Mit der SV AG als gut vernetzter Betrieb werden mehr Anlässen im Kongress-Bereich erhofft. Betreffend Arbeitsplätze wurden in der SAKO kritische Fragen gestellt. Es ist unklar, wie hoch die Anzahl an Beschäftigten im KKThun nach dem Wechsel sein wird. Eintritts- und Gastronomie-Preise sollen auch in Zukunft für die breite Bevölkerung erschwinglich bleiben. Die SV AG ist in der Region bekannt und bringt gute Voraussetzungen mit. Herr Kestenholz hofft auf ein ausgewogenes Angebot, nicht nur im Bereich der Ernährung sondern auch im Bereich Kultur und Kongress. Es handelt sich um eine grosse Aufgabe, den Betrieb gewinnbringend und attraktiv für verschiedenste Bedürfnisse zu führen. Die SAKO wünscht der SA AG viel Erfolg und das nötige Verantwortungsbewusstsein und stimmt dem Geschäft mit 4 : 0 bei 2 Enthaltungen und 2 Abwesenheiten zu. Das Postulat betreffend mehr Transparenz und Fairness in der Kulturförderung kann somit abgeschrieben werden.

Reto Kestenholz, **Fraktion Grüne**, weist darauf hin, dass eine saubere Übergabe wichtig ist. Die Fraktion hofft, dass möglichst viele motivierte und qualifizierte Leute auch unter einer neuen Führung ihre Arbeit in dem Betrieb weiter leisten dürfen. Bedauerlicherweise muss durch den Wechsel die Stiftung TRANSfair weichen. Es handelt sich dabei um ein aussergewöhnliches Unternehmen, welches mit Arbeitsintegration eine wichtige Aufgabe leistet und viel Wert auf lokale, biologische, landwirtschaftliche und ökologische Produkte setzt. Es ist fraglich, ob die Qualität in Zukunft gleich hoch bleibt. Es wird auf einen vielseitigen und erfolgreichen Kulturbetrieb gehofft, den sich die breite Bevölkerung leisten kann und will. Die Fraktion dankt für die transparenten Einblicke und für die gute Vorbereitung und stimmt dem Geschäft einstimmig zu.

**Simon Werren** (BDP) findet es ausserordentlich schade, wenn ein bewährter Betreiber aus der Region weichen muss. Die Gründe für die Ausschreibung sind nachvollziehbar und mit der SV AG rückt ein Unternehmen nach, das bereits vorhandene Gastronomie-Infrastrukturen in der Region hat und nutzen kann. Es ist zu begrüssen, dass keine jährlich wiederkehrenden Barbeiträge mehr ans KKThun fliessen, sondern direkt vergütet werden. Herr Werren verweist auf die eingereichte Interpellation in Zusammenhang mit dem Vergabeprozess. Die BDP stimmt dem Verpflichtungskredit mit wenig Begeisterung zu.

Manfred Locher, **Fraktion der Mitte**, dankt für den klaren und ausführlichen Bericht. Den Mitgliedern der SAKO wurde ein vertraulicher Einblick in den Kriterienkatalog und ins Vertragswerk gewährt. Die Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates und stimmt dem Kredit zu. Bei dem im 2014 eingereichten Postulat handelt es sich um ein leuchtendes Beispiel für ein Postulat, welches nicht nur geprüft, sondern auch umgesetzt wurde. Es herrscht heute Transparenz in der Vergabe von Fördergeldern, die Wettbewerbsverzerrung ist beseitigt und die Veranstaltenden können ein passendes Lokal frei auswählen.

Die Ausgangslage ist klar, so Susanna Ernst-Reusser, **FDP-Fraktion**. Die Ausschreibung hat zu Kritik geführt, da sich nur 3 von 16 ursprünglichen Interessenten beworben haben. Grund dafür ist, dass der Fokus auf der Gastronomie liegt und sich Firmen mit einem Schwerpunkt in der Technik zurückgezogen haben. Die SV AG wird für diesen Bereich eine technische Firma engagieren. Es wird darauf hingewiesen, dass die Stadt beim Auswahlverfahren von der Firma Volkart und Richard AG begleitet wurde, die einen guten Job machen, wie das Projekt Schloss-Schadau gezeigt hat. Die SV AG konnte bereits überzeugen. Die neuen Betreibenden sind gefordert, neue Events im Kongress-Bereich nach Thun zu bringen. Die SV AG wird dabei sicherlich vom Stadtmarketing unterstützt. Das neue Finanzierungsmodell erfüllt die im Postulat geforderte Transparenz. Die direkte Auszahlung an Kulturschaffende wird begrüsst. Es wird darauf hingewiesen, dass die Stadt Thun zwar eine Gewinnbeteiligung, nicht aber eine Verlustbeteiligung hat. Betreffend Mitarbeitenden wird darauf hingewiesen, dass Stellen gestrichen, dafür auch neue Stellen geschaffen werden. Es stellt sich die Frage, wie es um die Stiftung TRANSfair steht. Die Fraktion sieht dem Wechsel aus betriebswirtschaftlicher Sicht positiv entgegen, stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu und schreibt das Postulat als erledigt ab.

Carlo Schlatter, **SVP-Fraktion**, stellt mit Freude fest, dass die langjährigen und regelmässigen Forderungen, das KKThun nach betriebswirtschaftlichen Kriterien zu führen, Früchte zu tragen beginnen. Bei dem öffentlichen Ausschreibungsverfahren wurden die Kriterien transparent und nachvollziehbar dargelegt. Mit

der SV AG handelt es sich um ein breit abgestütztes Unternehmen mit viel Erfahrung, dass in Thun bereits präsent ist. Die Fraktion stellt einen Paradigmawechsel fest. Mit der Vergabe der Betriebsführung an die SV AG werden auch unternehmerische Aspekte in den Betrieb des KKThun eingebracht. Positiv hervorgehoben wird, dass die effektiv beanspruchten Förderbeiträge direkt an die Veranstaltenden ausbezahlt werden. Mit den neuen Vereinbarungen kann die Stadt Thun viel Geld einsparen. Es stellt sich die Frage, warum dies bei den vorangehenden Betreibenden nicht möglich war. Das vorliegende Geschäft erinnert schmerzlich daran, wie viel das KKThun die Stadt Thun jährlich kostet. Da die eingeschlagene Richtung stimmt und ein nahtloser Übergang des Betriebes wichtig ist, stimmt die SVP-Fraktion dem Verpflichtungskredit einstimmig zu und befürwortet die Abschreibung des Postulates P1/2014.

Katharina Ali-Oesch, **SP-Fraktion**, erläutert das Geschäft. Kongress, Business und Privatanlässe sollen mit einer Firma gestärkt werden, die den Fokus laut eigener Aussage auf Eventgastronomie legt. Die Vertragsoptimierungen sind sinnvoll. Das Monopol der Programmgestaltung im KKThun bleibt bei der Betreiberin. Frau Ali-Oesch dankt der zuständigen Kulturabteilung und dem Gemeinderat für die sorgfältige Vorbereitung. Der neue Vertrag ermöglicht direkte Förderbeiträge an die Kulturveranstaltenden, wobei Kosten und Leistungen unverändert bleiben. Die tieferen Kosten für die Stadt sind zu begrüßen. Ebenfalls begrüsst wird, dass Sub-Unternehmer bis auf die Technik ausgeschlossen sind. Die Fraktion findet es schade, dass die Stadt nicht mehr Einfluss hat. Es ist wichtig, dass insbesondere zu kleinen Veranstaltenden Sorge getragen wird. Die Fraktion kritisiert die fehlende Transparenz zu den Zahlen und allfälligen Gewinnen und bedauert den Abbau der 10 Stellen. Diesbezüglich wurde aber versichert, dass neue Stellen geschaffen werden. Die SV AG mit Sitz im Kanton Zürich wird wohl keine Steuern in Thun zahlen, äussert aber zumindest die Absicht, mit lokalen Anbietenden zusammenzuarbeiten. Die lokalen Kulturveranstaltenden liegen der Fraktion sehr am Herzen und sollen weiterhin freien Zugang zum KKThun und zur Kulturförderung der Stadt haben. Dies ist nur durch eine gute Information und eine entsprechende Kommunikation möglich. Die Fraktion wünscht der neuen Betreiberin einen guten Start und eine Erfolgsgeschichte ab 2020 und der KKThun AG ein gutes letztes Jahr. Es wird gehofft, dass alle Mitarbeitenden eine gute Anschlusslösung finden. Die Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu und schreibt das Postulat ab.

**Gemeinderat Roman Gimmel** unterstreicht die Wichtigkeit eines sauberen Übergangs. Diesbezüglich wurden bereits Vorkehrungen getroffen. Im Januar 2019 wird die Übergangsphase in einer Kickoff-Sitzung mit allen Beteiligten besprochen. Herr Gimmel wird das Ganze persönlich eng begleiten. Es ist zumindest denkbar, dass die bisherigen Mitarbeitenden weiter im KKThun arbeiten könnten, einfach unter neuer Führung und unter einem neuen Arbeitgeber. Die Stadt Thun pflegt einen engen Kontakt zu TRANSfair. Die Stiftung übernimmt weiterhin unterschiedliche Anlässe und Veranstaltungen und arbeitet mit verschiedenen Abteilungen und Direktionen zusammen. Zum Votum von Stadträtin Ernst-Reusser weist Herr Gimmel darauf hin, dass das Stadtmarketing und die Kulturabteilung bereits heute eine wichtige Rolle spielen. Daran soll in Zukunft nichts geändert werden. Zu den Gerüchten betreffend TRANSfair kann Herr Gimmel keine Auskunft geben. Betreffend Transparenz wird darauf hingewiesen, dass bei der Gewinnformulierung von einem Sockelbeitrag von 150'000 Franken ausgegangen wird. Alles was darüber liegt, ist in der Tat intransparent, weil im Voraus völlig unbekannt.

**Der Rat** genehmigt einstimmig den folgenden

#### **Stadtratsbeschluss**

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe b Stadtverfassung sowie Artikel 51 Absatz 4 Geschäftsreglement des Stadtrates von Thun und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 23. November 2018, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites für eine jährlich wiederkehrende Ausgabe von 340'000 Franken (inkl. MWST) als neue Ausgabe zu Lasten der Erfolgsrechnungen 2020 bis 2027 (Förderbeiträge der Stadt Thun).
2. Das Postulat P 1/2014 vom 17. Januar 2014 betreffend mehr Transparenz und Fairness in der Kulturförderung wird als erledigt abgeschrieben.

**Sitzungsunterbruch von 18.15 bis 18.45 Uhr (Apéro in der Rathaushalle)**

**Der Stadtratspräsident** macht auf die eingegangenen Vorstösse aufmerksam, wovon zwei dringlich sind.

**Intermezzo von zwei Mitgliedern der Spoken-Word Gruppe "Thun ist nirgends". (Applaus)**

## **120. Postulat P 25/2018 (dringlich) für einen zweiten Pflegeheim-Neubau auf dem Gebiet der Stadt Thun**

**SP Fraktion vom 25. Oktober 2018; dringliche Beantwortung**

**Gemeinderätin Marianne Dumermuth** informiert über ein weiteres Gespräch, welches in der Zwischenzeit mit der Stiftung WiA stattgefunden hat. Im Hinblick auf die Entwicklung der Sportinfrastruktur soll das Anliegen an der Weststrasse-Süd bezüglich Schulraumerweiterungen nochmals angeschaut werden. Frau Dumermuth begründet die kurze Beantwortung des Gemeinderates, welche auf die sehr ausführliche Fragestunde der Augusstsitzung zurückzuführen ist. Der Gemeinderat schätzt die Leistungen der WiA und unterstützt deren Entwicklungsmöglichkeiten.

Samuel Bühlmann, **SP-Fraktion**, erläutert das Geschäft. Die bestehenden alten Pflegeheime benötigen dringend eine Sanierung oder erfordern einen Neubau. Es gibt ein strenges Reglement, wobei eine temporäre Auslagerung von Pflegeplätzen nicht einfach ist. Über die Preise und Anzahl Plätze entscheiden grösstenteils der Kanton und Krankenkassen. Es besteht die Gefahr, dass im Raum Thun ohne die Sonnmatt bald Pflegeplätze fehlen. Der Baubeginn müsste in den nächsten ein bis drei Jahren beginnen, wobei der Standort sekundär ist. Die Fraktion bittet den Rat um Unterstützung.

**Daniela Huber Notter (BDP)** dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung und erinnert daran, dass über das eigene Leben im Alter diskutiert wird. Es ist fraglich, warum ein Abriss und Neubau des gut gelegenen Pflegeheims Sonnmatt mit bevorzugter Lage am Wasser die finanziellen Möglichkeiten der WiA bei weitem überschreiten würde. Frau Huber Notter weist darauf hin, dass die WiA im 2017 einen Eigenfinanzierungsgrad von 83,4% bei einem Zielwert von 30-60% und einen Anlagedeckungsgrad II von über 330% bei einem Zielwert von 110-150% ausgewiesen hat. Die öffentlichen Altersheime im Kanton Bern haben überdurchschnittlich viele Bewohnende, die Ergänzungsleistungen beziehen oder abhängig von Sozialhilfe sind. Die Abgeltung der Pflege und Betreuung durch die Krankenkasse fällt sowohl für Alters- wie auch für Behindertenheime im Kanton Bern gleich hoch aus. Die BDP unterstützt die Suche nach einem weiteren geeigneten Standort.

Markus van Wijk, **FDP-Fraktion**, unterstützt das Vorgehen des Gemeinderates und steht dem Antrag positiv gegenüber. Der aufgezeigte Zeitplan ist mit Vorsicht zu geniessen, da es bei grossen Überbauungen häufig zu Verzögerungen kommt. Gerade bei einem Kombinationsbau von Schulhaus und Pflegeheim an der Weststrasse ist eine äusserst anspruchsvolle Planung notwendig, zumal die künftige Schülerzahl noch unklar ist. Da der Bereich der Pflege durch den Staat mitsubventioniert wird und die für Thun verbliebenen Restplätze im Rahmen einer Gesamtshow der Stiftung WiA zugewiesen wurden, sind die direkten Verhandlungen des Gemeinderates mit der WiA sinnvoll. Dabei ist hervorzuheben, dass keine Lösungen für die WiA gefunden werden müssen, sondern günstige Voraussetzungen für den Bereich der Pflegeplätze geschaffen werden. Die Fraktion unterstützt das Geschäft einstimmig.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, weist darauf hin, dass ein zeitnaher Baubeginn gefordert wird, obwohl weder ein Standort noch ein Neubauprojekt bekannt sind. Die Seriosität des Vorstosses wird in Frage gestellt, zumal mit Einsparungen zu rechnen ist, wie das Folgetraktandum zeigt. Die Frage bezüglich verfügbarer Pflegeplätze muss geklärt werden. Allerdings ist dafür nicht primär die Stadt, sondern die WiA selbst verantwortlich. Da die Grundversorgung gemäss den Berechnungen des Kantons sichergestellt ist, folgt die Fraktion einstimmig dem Antrag des Gemeinderates.

Alois Studerus, **Fraktion der Mitte**, erläutert das Geschäft. Die Notwendigkeit eines Neubaus ist unbestritten. Aus der Begründung lässt sich schliessen, dass in erster Linie der Standort Weststrasse bevorzugt wird, was nicht zielführend wäre. Es wird vorgeschlagen, dass die WiA gemeinsam mit der Stadt Thun zusammensitzt, um einen geeigneten Standort für einen Neubau zu finden. Die Fraktion stimmt dem Postulat zu.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, sieht den Bedarf und die zeitliche Dringlichkeit. Es muss jedoch mit einem späteren Baubeginn gerechnet werden. Die Fraktion unterstützt das Postulat und hofft auf das nötige Engagement, um die Pflegeheime weiter zu betreiben.

Samuel Bühlmann, **SP-Fraktion**, informiert betreffend Sonnmatt, dass das Pflegeheim am Wasser mehrmals überflutet wurde. Da es sich beim Wohnen im Alter an der Weststrasse um ein Gebiet mit wenig kritischen Anwohnenden handelt, wird mit weniger Einsprachen und einem raschen Baubeginn gerechnet.

#### **Stadtratsbeschluss**

**Der Rat** erklärt das Postulat einstimmig als erheblich.

### **121. Interpellation I 20/2018 (dringlich) betreffend Wirtschaftspark Schoren und dem geplanten Neubau der Aries Libra AG / Frilite SA**

**FDP Fraktion, Fraktion Grüne und Mitunterzeichnende vom 25. Oktober 2018; dringliche Beantwortung (Nachversand per E-Mail)**

**Stadtpräsident Raphael Lanz** informiert über die technischen Produktionsabläufe bei der Rohstoffverarbeitung der Aries Libra AG. Durch ein rein thermisches Verfahren wird ein Füllstoff mit kleiner Dichte aus Vulkangestein (Perlit) hergestellt, dessen Verwendung sehr vielseitig ist. Dabei entstehen weder Abgase noch Abfall. Das Endprodukt ist sehr leicht, nicht brennbar, ökologisch unbedenklich und hat eine gute Dämmwirkung. Aus ökologischer Sicht ist es sinnvoll, das stark komprimierte Ausgangsmaterial mit wenig Volumen nach Thun zu transportieren, um es möglichst nahe am Ort der eigentlichen Verwendung in das voluminöse Endprodukt umzuwandeln. Logistisch gesehen eignet sich Thun als Standort für die Firma. Herr Lanz weist darauf hin, dass es sich bei Perlit im Vergleich zu beispielsweise Styropor um einen ökologischen Baustoff handelt, dessen Herstellung etwa zehnmal weniger Primärenergie bedarf. Zudem müssen dem Endstoff keine Fungizide zugeführt werden und die Entsorgung ist unbedenklich.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, ist von der Beantwortung nicht befriedigt und verlangt die Diskussion.

**Der Rat** stimmt der Diskussion zu.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, möchte kein negatives Signal gegenüber der Entwicklung im Wirtschaftspark anbringen. Grund für die Interpellation sind viele offene Fragen zum Projekt und Stimmen aus der Bevölkerung. Die Situation erweckt den Eindruck, dass sich der Gemeinderat in der Entwicklung des Schorenarks verrannt hat und die Situation nun zu beschönigen versucht. Es scheint, als handle es sich eher um einen Misserfolg des Stadtmarketings, zumal lokale Interessenten vorhanden waren. Es ist fraglich, warum plötzlich so schnell vorwärts gemacht wird. Zudem ist unklar, auf welcher Basis die Verhandlungen betreffend Überbauungsordnung stattgefunden haben. Herr Aellig verweist auf das Einspruchsrecht. Es handelt sich um andere planerische Rahmenbedingungen als sie heute gültig sind. Es handelt sich im vorliegenden Geschäft um signifikante Veränderungen, die zu einem Neuverfahren führen müssen. Auch auf der Website sind keine wesentlichen Änderungen feststellbar. Bezüglich Frage 2 wird kritisiert, dass bei der Stellenanzahl von unterschiedlichen Zahlen gesprochen wird. Ein Austausch mit verschiedenen KMU hat gezeigt, dass auch andere Unternehmen Interesse an einer Projektumsetzung mit mehr Arbeitsstellen gehabt hätten. Es erstaunt wenig, dass viele KMU ihr Interesse zurückziehen bei zu hohen Auflagen von Seiten der Stadt. Herr Aellig macht darauf aufmerksam, dass auch eine Umsiedlung durch wirtschaftlichen Erfolg und eine Expansion neue Arbeitsplätze generieren kann. Betreffend Frage 4 wird die Objektivität der Ergebnisse des Tests vom 6. März 2015 bezüglich der Areal-Erreichbarkeit in Frage gestellt. Der Test wurde mit 40 Tonnen-Lastwagen überprüft. Dabei wurde festgestellt, dass das Gelände nur schwer erreichbar ist. Bei der Einfahrt würde bei 120 Lastwagen pro Tag ein grosses Chaos entstehen, insbesondere bei nicht ortskundigen Chauffeuren. Zudem ist die Verkehrsführung für den Langsamverkehr höchst fragwürdig. Betreffend Frage 5 und 7 wird vermutet, dass ein grosser Teil der Abwärme verloren geht. Das Geschäft hätte durch das Setzen von Anreizen anders gesteuert werden können.

Till Weber, **Fraktion Grüne**, kann nicht nachvollziehen, warum das Gelände nach erfolgreicher Ansiedlung von mehreren Firmen sofort gefüllt werden muss. Es ist unverständlich, warum eine solch energieintensive Produktion an dem vorgesehenen Standort platziert wird und viel Restenergie verloren geht, während diese an anderen Orten besser genutzt werden könnte. Die Fraktion kritisiert die fehlenden Instrumente, um die Nutzung von Abwärme verbindlich vorzuschreiben und eine gesamtheitliche Planung. Im Rahmen der Ortsplanungsrevision sollen entsprechende Instrumente und Strategien erarbeitet werden.

Reto Schertenleib, **SVP-Fraktion**, ist erstaunt über die Urheberschaft des Vorstosses. Es wird darauf hingewiesen, dass lange auf eine Ansiedlung im Schorenpark gewartet wurde. Die Fraktion ist froh, dass es sich um eine auswärtige Firma handelt, da dadurch zusätzliche Arbeitsstellen geschaffen werden. Die Kritik und Einwände aus der Nachbarschaft sind legitim und nachvollziehbar. In der marktwirtschaftlichen Realität muss genommen werden, was kommt, wie die Erfolglosigkeit der ursprünglichen Strategie gezeigt hat. Der Gemeinderat hat mit der Anpassung der Strategie eine gute Arbeit geleistet. Die Fraktion kann an dem Unternehmen nichts Verwerfliches erkennen. Die negativ behaftete Diskussion um die Firma auf politischer Ebene ist fragwürdig. Die Fraktion heisst die Firma und ihre Mitarbeitenden in Thun willkommen.

Verena Schneiter, **Fraktion der Mitte**, dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung der Fragen. Die Fraktion ist erfreut über die zusätzlichen Arbeitsplätze, die mit der Aries Libra AG nach Thun kommen, zumal die Ansiedlung von Firmen ein schwieriges Unterfangen ist. Die Weiterverarbeitung eines ökologischeren Produktes als Plastik wird unterstützt. Die langen Anfahrtswege hingegen sind fragwürdig. Es handelt sich bei der Aries Libra AG als Tochterfirma der Meier Systems AG um ein vertrautes Unternehmen. Auch der Projektleiter ist in Thun nicht unbekannt, wodurch die Konkretisierung gewährleistet ist.

Martin von Allmen, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung und den Interpellantinnen und Interpellanten für die Fragestellungen. Thun ist als Wirtschaftsstandort nicht sehr begehrt. Neue Firmenansiedlungen schaffen zusätzliche Arbeitsplätze und damit einen Mehrwert für Thun. Die Stadt hat gute Arbeit geleistet und das Risiko minimiert. Falls die Ansiedlung nicht funktioniert, würde das Gebäude zurück in die Hände der Stadt fallen und könnte umfunktioniert werden. Die Fraktion wünscht sich, dass der Druck für Neuansiedlungen klein bleibt und viele Güter mit der Bahn transportiert werden. Es ist erfreulich, dass schädliches Plastik durch mineralisches Granulat ersetzt wird und die Umwelt dadurch weniger stark belastet wird. Eine Solaranlage auf dem Gebäude wäre wünschenswert. Die Fraktion hofft, dass in Zukunft neue Firmen in Thun angesiedelt werden können und wünscht den Verantwortlichen weiterhin viel Erfolg.

**Stadtpräsident Raphael Lanz** heisst Unternehmen in Thun willkommen, die neue Arbeitsplätze schaffen. Es wird darauf hingewiesen, dass es keine riesige Auswahl an Unternehmen gibt, die sich für den Standort Thun interessieren. Herr Lanz bestätigt, dass auch lokale Firmen Interesse bekundet haben und mit der Stadt Thun in Kontakt sind. Eine Ansiedlung dauert, verursacht durch diverse Verhandlungen und Gespräche, aber einige Zeit. Im vorliegenden Geschäft wurde keinem lokalen Unternehmen ein Platz weggenommen. Vielmehr haben die Umstände und Anforderungen nicht gepasst. Zu Stadtrat Aelligs Votum betreffend zu hohe Anforderungen wird darauf hingewiesen, dass die Stadt in einem Interessenskonflikt steht. Um das Land langfristig möglichst optimal nutzen zu können, müssen gewisse Bedingungen wie beispielsweise der Bau einer Einstellhalle oder die Höhe des Gebäudes vorgegeben werden. Da gewisse raumplanerische Aspekte höher gewichtet werden müssen, fallen einige Unternehmen weg. Beim vorliegenden Projekt passt viel zusammen, was aus gesamtheitlicher Sicht ein Gewinn ist. Betreffend Überbauungsordnung hält Herr Lanz fest, dass keine Änderungen vorgenommen wurden. Im vorliegenden Projekt ist mit einem Mehrverkehr zu rechnen. Dabei ist jedoch von einer vertretbaren Menge von zwei bis vier Lastwagen pro Tag die Rede. Bezüglich Energie wird bestätigt, dass gewisse Kompromisse in Kauf genommen werden müssen. Nichts desto trotz müssen sämtliche Vorschriften jederzeit eingehalten werden, auch betreffend Energie.

## 122. Interpellation I 18/2018 (dringlich) betreffend Terror, Gewalt und Sachbeschädigung im Zusammenhang mit Fussballrowdys und anderen gewaltbereiten Gruppierungen

Alain Kleiner (SVP) und Mitunterzeichnende vom 25. Oktober 2018; dringliche Beantwortung

**Alain Kleiner** (SVP) ist von der Beantwortung nicht befriedigt und verlangt die Diskussion.

**Der Rat** stimmt der Diskussion zu.

**Alain Kleiner** (SVP) dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung. Die Interviews des kantonalen Polizeidirektors und des zuständigen Gemeinderates haben nach der 80%-Annahme des Hooligan-Konkordats vom 9. Februar 2014 positiv getönt. Die Bilanz fällt ernüchternd aus. Betreffend Frage 3 wird darauf hingewiesen, dass in der Antwort des Gemeinderates nur die Kosten für die Entfernung von Sprühereien, nicht jedoch der dabei entstehende Sachschaden oder die nötigen Sicherheitskosten für Fanwalks aufgeführt sind. Bezüglich Frage 5 weist Herr Kleiner darauf hin, dass bei der Gebäudeversicherung nur Neubauten gegen Schäden durch Vandalen versichert werden können. Bei Privatversicherungen beträgt der Selbstbehalt 1'000 Franken. Der Staat benötigt das Monopol, um seine Aufgabe erfüllen zu können, die Bürgerinnen und Bürger zu beschützen. Es wird kritisiert, dass die Reaktion auf die Ausschreitungen bei den Spielen im September 2018 noch nicht festgelegt wurde. Damit wird ein falsches Signal gesendet. Die Reaktion sollte umgehend bekanntgegeben werden. Es kann nicht sein, dass im Fussball Milliarden generiert werden zu Lasten der Steuerzahlenden. Vom Gemeinderat wird ein klarer Auftrag an die Polizei verlangt, um das Hooligan-Konkordat umzusetzen und bei Straftaten entsprechend durchzugreifen. Zudem soll das Kostenproblem im schweizerischen Fussballverband diskutiert und gelöst werden.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung. Mit dem Vorstoss wird nichts erreicht, obwohl die Fraktion den Interpellierenden in einigen Punkten Recht gibt. Im vorliegenden Geschäft werden zwei Handlungsstränge aufgezeigt. Einerseits kann durch den Verein CasaBlanca mit etwas Eigeninitiative Symptom-Bekämpfung betrieben werden. Die zweite Massnahme in Form von Repression ist fragwürdig und führt vermutlich nicht zu weniger negativen Begleiterscheinungen. Sozioprofessionelle Fanarbeit hingegen könnte mehr bewirken, indem zum Beispiel nachträgliche Erziehungsarbeit geleistet werden kann.

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, weist betreffend Fanwalk darauf hin, dass es weder verletzte Personen noch Terror gegeben hat. Frau Kropf kritisiert, dass in der Interpellation übertrieben wurde. Betreffend Forderung nach mehr Repression wird auf andere Städte verwiesen. In Thun werden verhältnismässig sehr viele Rasyon-Verbote wegen Kleinigkeiten ausgesprochen. Das Vorgehen der Polizei wird in Thun als sehr regressiv eingestuft. Die Gesamtsituation hat sich dadurch nicht verbessert, sondern verschlimmert. Es ist auffallend, dass mit der Einführung des Konkordats auch die Kosten enorm gestiegen sind. Frau Kropf rät von noch mehr Repression ab und korrigiert, dass eine Dialogbereitschaft von Seiten der Fans vorhanden ist. Aus nachvollziehbaren Gründen wird der Dialog mit der Polizei verweigert, nicht jedoch mit der Stadt. Ein verändertes Verhalten der Polizei ist erforderlich, um die Situation zu verbessern. So könnte die Polizei beispielsweise vorwiegend mit szenekundigen Beamten zusammenarbeiten und diese in den Vordergrund stellen, um einen möglichst guten Kontakt zu den Fans herzustellen. Zudem ist eine politisch veränderte Strategie erforderlich, die den Fokus vermehrt auf die Beziehungsebene und das gegenseitige Vertrauen setzt. Eine längerfristige Verbesserung der Situation kann durch die sozioprofessionelle Fanarbeit erreicht werden. Gemeinsam mit der Abteilung Jugend wurde ein Konzept zum Thema der aufsuchenden Jugendarbeit erstellt, welches von Seiten der Stadt nicht weiter verwendet wurde. Frau Kropf weist darauf hin, dass es für junge Erwachsene nach der obligatorischen Schulzeit kein Angebot analog zur Schulsozialarbeit gibt. In diesem Zusammenhang würde es sich möglicherweise lohnen, den Betroffenen zuzuhören und Vorschläge anzunehmen.

Susanne Gyga, **Fraktion der Mitte**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung der berechtigten Fragen. Einzelne nutzen die Euphorie des Fanwesens aus, um aufgestauten Emotionen freien Lauf zu lassen. Im Januar 2019 treffen sich der FC Thun, Politiker und die Fangruppen zu einem Gespräch, bei dem die Gesprächsinhalte noch offen sind. Es handelt sich um einen ersten Schritt, zuzuhören und die Anliegen der Fans ernst zu nehmen. Die Fraktion hofft, dass die Beteiligten die Problematik erfassen und gemeinsam eine Lösung erarbeitet werden kann. Dabei sollen die Vertretenden der Stadt eine führende Rolle einnehmen.

Claude Schlapbach, **FDP-Fraktion**, macht auf die verschiedenen, teilweise sehr kontroversen Haltungen von Gruppierungen aufmerksam, die zu einem ratlosen Gemeinderat führen.

**Gemeinderat Peter Siegenthaler** hätte sich konkrete Umsetzungsideen aus dem Rat gewünscht. Er hat Verständnis für die Situation der Interpellantinnen und Interpellanten und der direkt Betroffenen. Es wird eine gewisse Toleranz festgestellt, die Situation zuzulassen und zu akzeptieren. Herr Siegenthaler zitiert den kantonalen Polizeibericht zu einem normalen Spiel vom 1. Dezember 2018. In dem Bericht ist unter anderem von Feuerkörpern, Rauchentwicklung und Verkehrsbehinderung die Rede. Es stellt sich die Frage, worüber mit der sozioprofessionellen Fanarbeit gesprochen werden soll. Es handelt sich um eine ausserordentlich schwierige Arbeit. Ein striktes Eingreifen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln kann unabsehbare und ungewollte Folgen haben. Es soll aus diesem Grund weiterhin verhältnismässig vorgegangen werden. Die Stadt befindet sich diesbezüglich in einem Dilemma.

**123. Fragestunde F 22/2018 betreffend welche Konsequenzen zieht die Beschwerde des VCS Regionalgruppe Thun-Oberland gegen die Güterumschlagszeiten in der Innenstadt nach sich**

**SVP-Fraktion vom 11. Dezember 2018; Beantwortung**

Die Frage F 19/2018 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf

**124. Fragestunde F 23/2018 betreffend Seniorenrat**

**Fraktion der Mitte vom 11. Dezember 2018; Beantwortung**

Die Frage F 19/2018 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf.

**Stadtpräsident Raphael Lanz** bittet die Räte um Zurückhaltung bei dringlichen Vorstössen. Die Wichtigkeit eines Geschäfts hängt nicht mit der Dringlichkeit zusammen. Der Gemeinderat kann keine Qualität mehr garantieren, wenn nicht genügend Zeit zur Beantwortung gegeben ist und empfiehlt deshalb, die Dringlichkeit der beiden heute eingereichten Vorstösse abzulehnen.

**125. Postulat P 32/2018 betreffend Taxi-Durchfahrt vom Lauitor zum Bahnhof**

**Franz Schori (SP) und Mitunterzeichnende vom 14. Dezember 2018; Dringlichkeit**

Franz Schori, **SP-Fraktion**, begründet die Dringlichkeit. Das Geschäft soll vor der nächsten Baustellenphase behandelt werden.

**Der Rat** lehnt die Dringlichkeit ab.

**126. Interpellation I 22/2018 betreffend neue Betreiberin für das KKThun ab 2020**

**Daniela Huber Notter (BDP), Simon Werren (BDP) und Mitunterzeichnende vom 15. Dezember 2018; Dringlichkeit**

**Daniela Huber Notter (BDP)** begründet die Dringlichkeit aufgrund der aktuellen Situation.

**Der Rat** lehnt die Dringlichkeit ab.

**Mitteilungen**

**Der Stadtratspräsident verabschiedet Gemeinderätin Marianne Dumermuth**

**Der Stadtratspräsident** dankt Frau Dumermuth für die letzten beiden Legislaturen in der Direktion Stadtentwicklung und für ihren Einsatz im Gemeinderat. Frau Dumermuth hat sich stets für eine weitsichtige,

langfristige und strategische Optik in der Stadtplanung eingesetzt, was nicht immer nur einfach war. In ihrer Amtszeit standen die Siedlungsentwicklung und eine nachhaltige Mobilität- und Energienutzung im Zentrum. Frau Dumermuth hat einige politische Meilensteine gesetzt und konnte Erfolge verzeichnen, wie beispielsweise mit der einstimmigen Annahme des Mobilitätskonzepts, der Ortsplanungsrevision inklusive Stadtentwicklungs- und Gesamtverkehrskonzept 2035, der Wohnstrategie sowie dem Partizipationsverfahren zur Entwicklung der Schadaugärtnerei. Damit hat sie eine gute Grundlage für eine optimale bauliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Stadt Thun geschaffen. Frau Dumermuth war stets ruhig und sachlich und liess sich durch Misserfolge nicht entmutigen. Der Stadtratspräsident dankt Frau Dumermuth für ihren Einsatz und wünscht ihr für die Zukunft alles Gute. (Applaus)

#### **Der Stadtratspräsident verabschiedet die austretenden Stadtratsmitglieder**

- Samuel Bühlmann (SP)
- Patrick Graber (SVP)
- Sabine Kaufmann (SP)
- Daniel Schenk (SVP)
- Claude Schlapbach (FDP)
- Martin von Allmen (SP)
- Andreas Zwahlen (SVP)
- Andrea de Meuron (Grüne)

Er dankt den austretenden Stadtratsmitgliedern für ihr Engagement und die geleistete Arbeit für die Stadt Thun und wünscht ihnen alles Gute für die Zukunft. (Applaus)

**Der Stadtratspräsident** hält zum Abschluss seines Präsidialjahres fest, dass er sein Ziel, Brücken zwischen der Bevölkerung und der Politik zu bauen, im Hinblick auf die Stimmbeteiligung bei den Wahlen nur bedingt erreicht hat. Im vergangenen Jahr hat er von politischem Geplänkel, kompromisslosen Positionsbezügen, nicht angemessenen Voten, Parteiwechseln bis hin zu 82 eingereichten Vorstössen und einer durchschnittlichen Sitzungsdauer von drei Stunden alles erlebt. Herr Kübli konnte an 40 speziellen Anlässen teilnehmen und dabei Neues und Einzigartiges erleben. Positiv hervorgehoben werden die Wertschätzung zwischen den politischen Gremien und die wohlwollenden Debatten im Rat. Die Fluktuation hat sich in den Stadtratsreihen erfreulicherweise um einen Drittel reduziert. Er dankt dem Rat für die Mitarbeit und Unterstützung, wodurch das Jahr zu einem Höhepunkt in seiner politischen Karriere wurde. Ein spezieller Dank geht an Vizestadtschreiber Christoph Stalder und seine Crew für die tatkräftige Unterstützung. Herr Kübli wünscht dem Rat weiterhin viele spannende Geschäfte und angeregte Diskussionen und schliesst mit einem Zitat von Theognis von Megara: "Unmöglich ist's das Geschehene ungeschehen zu machen - Doch um das was da kommt, kümmere dich mit Bedacht!" (Applaus)

**Der Stadtratspräsident** erinnert an den Winterzauber auf dem Mühleplatz und wünscht allen frohe Festtage.

#### **Eingänge**

- M 4/2018 betreffend vorwärts mit der Aufgabenerfüllung - Vorwärts mit der Fuss- und Velowegverbindung Bahnhof - Selve - Schwäbis; SAKO StE vom 14. Dezember 2018
- P 32/2018 betreffend Postulat für die Taxi-Durchfahrt vom Lauitor zum Bahnhof; Franz Schori (SP) und Mitunterzeichnende vom 14. Dezember 2018; Dringlichkeit
- I 22/2018 betreffend neue Betreiberin für das KKThun ab 2020; Daniela Huber Notter (BDP), Simon Werren (BDP) und Mitunterzeichnende vom 15. Dezember 2018; Dringlichkeit

#### **Verschiebungen**

- Postulat P 15/2018 betreffend Kunststoffabfälle reduzieren und Recycling fördern; Fraktion Grüne vom 5. Juli 2018; Beantwortung
- Postulat P 16/2018 für eine gründliche und umfassende Prüfung und Diskussion des Sportclusters in Thun-Süd; SVP/FDP-Fraktion vom 5. Juli 2018; Beantwortung
- Motion M 2/2018 (dringlich) betreffend zeitgleicher Start für die Betreuungsgutscheine; Fraktion der Mitte vom 25. Oktober 2018; dringliche Beantwortung

Der Stadtratspräsident

Andreas Kübli



Der Stadtratssekretär

Christoph Stalder

